

## Arbeitsfelder der DEAE

- Theologische Bildung
- Religiöse Bildung
- Familienbildung
- Lebensformen
- Bildung im Alter
- Generationen
- Gender
- Kultur
- Kreativität
- Interkulturalität
- Zivilgesellschaft
- Professionelle Praxis

## Professionelle Praxis

### Heimat ist ein Gefühl – und was das mit Menschen ohne Schulabschluss zu tun hat



Ulrike Kilp-Aranmola

Jahrgänge andererseits scheinbar vielfältige Wege in ein erfolgreiches Berufsleben offen. Ungemütliche Fakten, die sich trotz aller Bildungsgipfel nicht verbessern wollen, zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild von einer abgehängten Generation. Derzeitig haben zwei Millionen Menschen unter 34 Jahre noch immer keinen Berufsabschluss (Quelle: [http://www.sueddeutsche.de/karriere/2.220/bund-und vom 31.08.2012](http://www.sueddeutsche.de/karriere/2.220/bund-und-vom-31.08.2012)). Dem voraus geht bei einer nicht gerade marginalen Anzahl junger Menschen biografisch eine häufig zerrüttete schulische Laufbahn mit Brüchen, Versagensängsten und Perspektivlosigkeit. Folge sind Langzeitarbeitslosigkeit oder Beschäftigungen im Niedriglohnsektor, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und verfestigte Prekarisierung. Menschen mit unzureichenden Sprachkenntnissen bilden eine nicht unerhebliche zweite Gruppe, die sich durch Weiterbildung und insbesondere den Zweiten Bildungsweg eine

Jungen Menschen stehen aktuell dank Globalisierung, internationaler Programme und kurzer Informationswege einerseits und angesichts geburtenstschwacher

Chance zum Eintritt in die Erwerbswelt und somit zur Integration in gesellschaftliche Bezüge erhofft. Das Ev. Bildungswerk Dortmund bietet bildungsungewohnten und -benachteiligten Menschen Zugänge zu nachträglichen Schulabschlüssen. Hier vollzieht sich umfassende Integration durch Grundbildung in Lehrgängen gemäß § 6 Weiterbildungsgesetz NRW (WbG NRW).

Die Bereitschaft einer evangelischen Bildungseinrichtung, sich über den Zweiten Bildungsweg für Menschen in prekären Lebensverhältnissen zu engagieren, ist verhältnismäßig ungewöhnlich. Üblicherweise halten die Volkshochschulen in diesem Bildungssegment, historisch begründet, ein Quasimonopol – jedoch ohne zwingenden Grund, denn das WbG NRW schließt andere Träger an der Durchführung von Lehrgängen zum nachträglichen Erwerb von staatlich anerkannten Schulabschlüssen nicht aus. Wir tun es aus der Überzeugung, dass unsere Teilnehmenden einen Ort brauchen, an dem sie Mensch sein dürfen – mit individuellen Potenzialen, aber auch vermeintlich unüberbrückbaren Handicaps, die berufliche und gesellschaftliche Integration fast unmöglich erscheinen lassen.

Wir könnten viele Geschichten von Einzelschicksalen erzählen, in denen Menschen sehr zielgerichtet und am Ende erfolgreich ihren eigenen Weg in die Erwerbswelt und Gesellschaft gefunden haben. Doch wie kann das gelingen? Ich möchte das am Beispiel der Gruppe der Zuwanderinnen aufzeigen. In einem gestuften System können Frauen mit geringen Deutschkenntnissen aus derzeit ca. 25 Nationen beim Ev. Bildungswerk Dortmund in einem Vorkurs zu lernen beginnen und in weiteren Lehrgängen den HSA 10 und die FOR nachholen. Insgesamt dauert ein Komplett-durchlauf 3,5 Jahre. Ein Quereinstieg ist je nach Voraussetzungen möglich. Die Lehrgänge sind auf die Bedürfnisse der Zuwanderinnen zugeschnitten. Deutsch als Fremdsprache wird als Ersatzfach für die Fremdsprache Englisch unterrichtet. Englisch kann als freiwillige AG belegt werden. Eine Kinderbetreuung kann im Rahmen von Tagespflege im Haus genutzt werden. Im Vorkurs werden die Teilnehmerinnen durch ein

wöchentlich stattfindendes Praktikum in einer pädagogischen Einrichtung mit der beruflichen Praxis in Kontakt gebracht. Ergänzend zum Praktikum wird Pädagogik unterrichtet, um die Erfahrungen aus der eigenen Familie und dem Praktikum zu reflektieren und sie mit pädagogischen Konzepten anzureichern (z.B. EFFEKT interkulturell). Im nachfolgenden Lehrgang (HSA 10) absolvieren die Teilnehmerinnen ein Blockpraktikum in fast allen denkbaren Berufsfeldern. Die Teilnehmerinnen sammeln in den letzten Jahren berufspraktische Erfahrungen u.a. in Frisörbetrieben, im Einzelhandel, in Schneidereibetrieben, im medizinischen Labor, auf Pflegestationen im Krankenhaus, in der ambulanten Gesundheitspflege, im Steuerberatungsbüro, am Flughafen, in Apotheken, Kinder-tageseinrichtungen, Jugendhilfeeinrichtungen und in Arztpraxen. Bei einigen Teilnehmerinnen zeigen sich begründete und konkretisierte Berufswünsche, die möglicherweise nach Erreichen des Schulabschlusses realisierbar sind. Im wöchentlichen Unterricht zur beruflichen Orientierung werden diese Prozesse angestoßen, vorbereitet und systematisch umgesetzt. Teilnehmerinnen in den FOR-Lehrgängen absolvieren ein weiteres Betriebspрактиkum, womit zum Ende alle Teilnehmerinnen drei Praktika abgeleistet haben. Zum Schluss werden in allen Entwicklungsschritten Grenzen des Möglichen aufgezeigt. Zugleich wird aber vor allem zum Zutrauen in die persönliche Lernfähigkeit und den Einsatz vorhandener Ressourcen ermutigt.

Die Erfahrung zeigt, dass nach anfänglichen Hemmnissen, vor allem bedingt durch die mangelnden Sprachkenntnisse, die Teilnehmerinnen weitestgehend ihre Integrationsbemühungen auch auf die berufliche Ausbildung hin ausweiten. Sie werden häufig bereits im zweiten Lehrgang selbst aktiv und bewerben sich erfolgreich um einen Ausbildungssitz. Viele der Teilnehmerinnen lernen nach Erwerb eines Abschlusses der Sekundarstufe I weiter, z.B. im Weiterbildungskolleg zum Erwerb der allgemeinen (Fach-)Hochschulreife, in betrieblicher oder überbetrieblicher Ausbildung, z.B. zur Frisörin, Busfahrerin oder Krankenschwester. Seit Beginn der ESF-Projektförderung für die Grundbildung im Jahr 2005 wurden in NRW die Lehrgän-

ge für Zuwanderinnen um die Module zur beruflichen Orientierung ausgeweitet und fachlich weiterentwickelt. Somit konnte sehr zügig und effektiv das Erreichen des Schulabschlusses verknüpft werden mit dem häufig erfolgreichen Übergang in die Arbeitswelt. Weitere Integrationseffekte zeigen sich auch in der verbesserten Förderung der eigenen Kinder und der aktiveren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, z.B. in den Bildungsinstitutionen der Kinder. In ihrem Praktikumsbericht schreibt eine Teilnehmerin (Frau F., 28 Jahre, vor 7 Jahren aus Nigeria nach Deutschland gekommen, Mutter von 2 Kindern, 4 u. 2 Jahre alt), die sich erfolgreich um einen Praktikumsplatz in einem Krankenhaus beworben hatte, über ihre Erfahrungen: „Mithilfe unserer Lehrerin für Berufliche Orientierung war ich in der Lage, eine qualitativ sehr gute Bewerbungsmappe zu erstellen. Ich ging zum Vorstellungsgespräch zur Pflegedienstleiterin, Frau G., die mich auf der Stelle akzeptierte und mir anbot, in der folgenden Woche das Praktikum zu beginnen. Sie erläuterte mir meine Rechte und Pflichten für die Arbeit. Man kann sich nicht die Freude vorstellen, die mein Herz erfüllte. Als der Tag näher rückte, war ich zugleich aufgeregt und besorgt. Ich war aufgeregt, weil es schien, dass ich meinem Traum näher kommen würde, und besorgt, weil ich nicht länger mit anderen Zuwanderern zusammen sein, sondern mit Menschen arbeiten würde, die Deutsch als Muttersprache haben. Ich befürchtete Diskriminierung. Mein Selbstbewusstsein half mir, mich durchzuschlagen. Am 1. Tag stellte mich Frau G. meiner neuen Abteilung vor. Meine Ängste verschwanden, als ich mich sofort von meinem Team akzeptiert fühlte.“ Frau F. wurde von der Pflegedienstleitung im Anschluss an das Praktikum ermuntert, sich für den nächsten Lehrgang zur Ausbildung in der Gesundheitspflege zu bewerben. Heute befindet sie sich im 2. Ausbildungsjahr der Ausbildung zur examinierten Gesundheits- und Krankenpflegerin.

„Heimat ist ein Gefühl“, titelt Herbert Grönemeyer in einem seiner Songs. Psychologie und Philosophie entdecken in der letzten Zeit das Gefühl. Dass Weiterbildung auch mit Gefühlen zu tun hat, wird heute kaum jemand ernsthaft bestreiten. Wer Menschen und Bildung

zusammenbringen möchte, kann erleben, wie gut sie zueinanderkommen, wenn der Zugang über die Gefühle erfolgt. Über den regulären Unterricht hinaus werden in den Lehrgängen z.B. Schreibwerkstätten angeboten, in denen zu Beginn ein Begriff eingeführt und eingegrenzt wird, zu dem Texte und Gedichte geschaffen werden sollen. Zur Unterstützung werden Lyrik- und Prosatexte aus der Literatur und eventuell auch Musik zu diesem Thema herangezogen, um den Schülerinnen Beispiele zu zeigen. Es muss jedoch sehr klar sein, dass es in der Schreibwerkstatt nicht um Deutschunterricht geht, d. h., dass es sich bei der Textproduktion nicht um eine Interpretation, eine Erörterung, Analyse oder Charakterisierung handelt. Der individuelle Stil der Schülerinnen wird nicht angetastet, sondern es wird lediglich Hilfe zum Schreiben gegeben. Absolute Anonymität wird zugesichert. Die Autorinnen dürfen auf keinen Fall das Gefühl haben, vorgeführt zu werden. Um sich dem Thema behutsam zu nähern und Vertrauen zu bilden, wird mit dem Schreiben von Gedichten in vorgegebenen Formen wie z.B. Elfchen, Akrostichon, Rondell, Schneeballgedicht angefangen. Dies hat einerseits den Effekt, dass die Teilnehmenden relativ schnell einen fertigen Text in den Händen halten und erfahren, dass sie in der Lage sind, Gedichte zu schreiben, und daher mit höherer Motivation am Fortgang der Schreibwerkstatt mitwirken.

*ICH LEBE  
SIE GLÄNZT IMMER  
MEINE HEIMAT  
SCHÖN, FANTASTISCH  
GEFÜHLT, GESCHMECKT  
ICH VERMISSE MEINE HEIMAT  
ES GIBT ERINNERUNGEN  
MEINE HEIMAT, OH MEINE  
HEIMAT  
VERMISST, GEWÜNSCHT.  
ANGST, HOFFNUNG,  
MEINE HEIMAT SEHR WEIT  
ES TUT WEH  
ICH DENKE AN MEINE HEIMAT  
SIE IST MEIN STERN  
A. S.*

Andererseits bietet diese Lyrik die Möglichkeit, sich hinter starren Formen „zu verstecken“, ohne zu viel von sich preisgeben zu müssen. Die Erfahrung zeigt, dass sie am Beispiel des Begriffs Heimat eigene Texte schreiben, die ihnen hierzu ein eigenes Gefühl erlauben und es in eine Form bringen.

#### Ulrike Kilp-Aranmolate

Dipl.-Sozialarbeiterin, Pädagogische Leitung des Arbeitsbereichs Erwachsenenbildung im Ev. Bildungswerk Dortmund  
ulrike.kilp-aranmolate@vkk-do.de

## Alphabetisierung und Grundbildung – Aufbau regionaler Netzwerke in Rheinland-Pfalz



Karola Büchel

Im Zuge der Umsetzung der im Dezember 2011 gestarteten Nationalen Strategie für Grundbildung und Alphabetisierung zur Verringerung der Zahl funktionaler Analphabeten hat das Land Rheinland-Pfalz für 2012 und 2013 eine eigene Initiative ins Leben gerufen, in der dem hier vorgestellten zweijährigen Modellprojekt „AlphaNetz“ eine wichtige Bedeutung zukommt. Projektträgerin ist die Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz e. V. die es gemeinsam mit dem Verband der Volkshochschulen und der Landesorganisation „anderes lernen“ noch bis Oktober 2013 durchführt.

Bricht man die in der bundesweiten „leo. – Level-One Studie“ der Universität Hamburg 2011 veröffentlichten Zahlen auf Rheinland-Pfalz herunter, müssen wir davon ausgehen, dass ca. 350.000 Rheinland-PfälzerInnen nicht oder nur unzulänglich lesen und schreiben können. Nur ein Bruchteil dieser Menschen wird bisher von den Alphabetisierungskursen der Weiterbildungsträger erreicht.

Analphabetismus ist auch in Rheinland-Pfalz noch immer ein Tabuthema. Nach der genannten Studie sind etwa 57 % der funktionalen Analphabeten erwerbstätig. Diese Menschen tarnen sich und

weichen bestimmten Anforderungen aus. Sie leben in der ständigen Angst, entdeckt zu werden, arbeitslos zu werden, ihre soziale und berufliche Position zu verlieren. Gerade für diese Zielgruppe werden passgenaue Angebote benötigt, um die Betroffenen besser zu qualifizieren, ihnen Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Mit herkömmlichen Methoden erreichen die Weiterbildungseinrichtungen diese Menschen in der Regel nicht. Sie können die Programme und Veröffentlichungen in der Presse nicht lesen, sind auf Hinweise und Hilfen anderer angewiesen, um überhaupt auf ein Kursangebot aufmerksam zu werden. Neue Formen der Ansprache der Zielgruppen durch die Einbeziehung sozialer, kirchlicher und kommunaler Einrichtungen sowie von Jobcentern und Betrieben zu entwickeln, die potenziell Zugang zu Analphabeten haben, war 2011 der entscheidende Impuls bei der Beantragung des Modellprojektes „AlphaNetz“ beim zuständigen Landesministerium durch die ELAG und ihre Projektpartner. Die Kooperation der drei Weiterbildungsträger macht den zweiten wichtigen Grundgedanken deutlich: Die Unterstützung dieser Menschen erfolgt am sinnvollsten in der Zusammenarbeit in einem Netzwerk verschiedener Akteure. Die Weiterbildungseinrichtungen treten hier nicht als Konkurrenten auf, sondern bringen ihre unterschiedlichen Zugänge und inhaltlichen Schwerpunkte für die Kursentwicklung im Bereich der Grundbildung ein.

Das Ziel des Projekts ist der Aufbau und die Qualifizierung regionaler Netzwerke im Flächenland Rheinland-Pfalz. Stabile Netzwerke in den Regionen tragen erheblich zu einer stärkeren Teilnahme von Menschen mit Lese- und Rechtschreibschwächen an Kursen zur Alphabetisierung und Grundbildung bei. Durch die Schulung von Schlüsselpersonen, die Schulung der Netzwerkpartner sowie die Schulung regionaler Multiplikatoren sollen die Akteure in den Regionen qualifiziert werden, um eine langfristige Angebots- und Beteiligungsstruktur bei der Alphabetisierung und Grundbildung zu etablieren. Die ebenfalls in einem rheinland-pfälzischen Trägerverbund mit Hessen und dem Saarland von 2008–2011 entwickel-

ten Grundbildungs- und Qualifizierungsangebote (Projekt AlBi) werden den Netzwerken dabei zur Verfügung gestellt. Seit März 2012 sind sieben Standorte in Rheinland-Pfalz in das Projekt einbezogen. Drei evangelische Bildungseinrichtungen, drei Volkshochschulen und ein soziokulturelles Zentrum haben Koordinierungsstellen eingerichtet und mit dem Aufbau der Netzwerke begonnen. Sie werden dabei von einem mobilen Team zweier Expertinnen begleitet und unterstützt.

Als evangelischer Weiterbildungsträger haben wir über die enge Zusammenarbeit mit den über 800 Kirchengemeinden in den drei Landeskirchen und über die lokalen diakonischen Einrichtungen mit ihren Beratungsstellen, Tafeln und Integrationsbetrieben den großen Vorteil der Nähe auch zu denjenigen Menschen, die Bildungseinrichtungen eher meiden. Bereits im Projekt AlBi hat sich diese Verbindung als äußerst fruchtbar erwiesen. So ist es gelungen, gemeinsam mit unseren örtlichen Erwachsenenbildungseinrichtungen in mehreren, auch ländlichen, strukturschwachen Regionen wie dem Hunsrück und der Nordpfalz neue Alphabetisierungskurse zu etablieren und damit einige Lücken im Flächenland Rheinland-Pfalz zu schließen. Der Weg dahin war und ist nicht einfach. Er bedeutet, viele Akteure persönlich anzusprechen und zu überzeugen und viel Energie in die Öffentlichkeitsarbeit zu investieren. Ein gelungenes Beispiel dafür waren die verschiedenen Aktionen an den Standorten zum Weltalphabetisierungstag am 8. September 2012. In Bad Kreuznach stellte z. B. die Stadtbücherei leicht lesbare Lektüre vor ihren Türen aus, die VHS informierte über aktuelle Lese- und Schreibkurse für Erwachsene, das Jobcenter berichtete über Leistungen und Möglichkeiten zum Thema „Hartz IV“, der Internationale Bund für Sozialarbeit gewährte einen Blick in eine „offene Klasse“ eines Alpha-Integrationskurses und das Evangelische Lernzentrum zeigte Möglichkeiten zum „Selbstlernen“ mit und ohne Computer auf (Quelle: Allgemeine Zeitung Bad Kreuznach, 10.09.2012). Die Bedeutung, die dem Thema „Alphabetisierung“ mittlerweile zugeschrieben wird, ist nicht zuletzt an der Beteiligung der politischen Entscheidungsträger an diesen Aktionen ablesbar. An allen Standorten gab es Grußworte von Bürgermeistern, Landrä-

ten bis hin zum Landtagspräsidenten. Sie sind in der Regel auch die Schirmherren der Standorte.

Öffentlichkeitsarbeit alleine reicht aber nicht aus. Als entscheidender Faktor hat sich frühzeitig die bereits genannte Sensibilisierung von Schlüsselpersonen erwiesen. Durch die Schulung entsprechender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Institutionen und Betrieben können Betroffene leichter erkannt und identifiziert und auf Beratungs- und Kursangebote der Bildungsträger hingewiesen werden.

Ein weiteres Kernelement des Projekts ist die Qualifizierung von Ehrenamtlichen für den 1:1-Unterricht. Die Projektmitarbeiterin der ELAG hat diesen Ansatz vom Besuch eines Grundbildungszentrums in Dublin mitgebracht, wo es bereits seit Längerem Erfahrungen mit der individuellen Lernbegleitung gibt. An den Standorten werden Ehrenamtliche ausgebildet, um einzelne Lerner zu unterstützen, sei es vorbereitend auf einen regulären Kurs, kursbegleitend oder als Brückeangebot, wenn kein Kurs zustande kommt. Erste positive Erfahrungen mit diesem Ansatz wurden bereits im AlBi-Projekt gemacht. Wichtig ist die fachliche und organisatorische Betreuung der Ehrenamtlichen durch das hauptamtliche Personal.

Die Durchführung von Alphabetisierungskursen ist zwar nicht das Ziel dieses Modellprojekts, sie gehört aber zwingend dazu, wenn das Projekt nicht ins Leere laufen soll. An allen Standorten werden sowohl Regelkurse von durchschnittlich 100 Unterrichtsstunden pro Semester als auch innovative Angebote wie „food-literacy“, „family-literacy“ und mehr gemacht. Die Regelkurse werden in Rheinland-Pfalz durch das Land zusätzlich gefördert. Seitdem die ELAG seit 2008 an dieser Förderung partizipiert, ist die Zahl der Kurse und Teilnahmen sprunghaft angestiegen. Die Modellprojekte tragen darüber hinaus zu einer deutlichen fachlichen Qualifizierung der Kursleitenden und einer besseren Anpassung der Kurse an die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Zielgruppen bei.

Die Förderung ist allerdings auch der Dreh- und Angelpunkt der Netzwerkarbeit. Ohne zusätzliche Ressourcen kann

sie keiner der Träger und regionalen Einrichtungen leisten. Umso hoffnungsvoller sind die Aussichten: Für 2013 plant der Trägerverbund den Einstieg in die Förderung über den Europäischen Sozialfonds. Das würde auch für die Alphabetisierungskurse eine deutlich bessere Finanzierung als bisher bedeuten. Noch sind durch die Zuschüsse nicht einmal die Honorarkosten gedeckt. Eine Förderung durch den Europäischen Sozialfonds erkennt den Arbeitsmarktbezug von Alphabetisierung und Grundbildung an und ermöglicht vielen Menschen tatsächlich eine zweite Chance zur beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe.

#### Karola Büchel

Geschäftsführerin der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz e. V.  
Kaiserstr. 19  
55116 Mainz  
karolabuechel@elag.de

#### Verstehst du auch, was du liest?

##### *Ein Rückblick auf meine berufliche Heimat in der Erwachsenenbildung*



Dr. Wolfgang Wittrock

Ich bin gebeten worden, einen Rückblick auf meine Zeit in der Evangelischen Erwachsenenbildung zu schreiben, wohl in der Erwartung, dass sich hier vielleicht etwas Paradigmatisches für die Entwicklung dieses professionellen Tätigkeitsfeldes zeigt. Ich tue dies gerne, allerdings mit dem Vorbehalt, dass ich keine Archive konsultiert habe, sondern frei von der Leber weg schreibe.

Mit dem Titel möchte ich mein Anliegen signalisieren, das mich – unter einer guten Fügung von oben – zu diesem Feld gebracht hat und in dem ich tatsächlich so etwas wie Heimatgefühle entwickelt habe. Bibelkundigen verrät mein Titel, dass ich mich auf die Erzählung von der Begegnung des frühchristlichen Missionars Philippus mit dem Kämmerer aus Äthiopien beziehe (Apostelgeschichte 8,26 ff.).

Der fragende Appell will sagen: Es geht darum, persönlich zu verstehen und anzunehmen, was in der Bibel geschrieben ist, um daraus Wegweisung und Ermutigung für das eigene Leben zu erfahren. Dankbar bin ich für Impulse, die mir die Jugendarbeit meiner Kirchengemeinde und viele Gespräche mit Gemeindegliedern (darunter meine späteren Schwiegereltern) dazu auf den Weg gegeben haben. Sie motivierten mich – aus einem kirchenfremden Elternhaus stammend – zum Studium der Evangelischen Theologie.

„Glauben und Verstehen“ – dieses Motto fand ich dann wieder im Titel der Aufztsammlung von Rudolf Bultmann, die ich mit Fleiß studierte. Ich erfuhr dabei tatsächlich – um ein Motto eines weiteren theologischen Idols, Ernst Käsemann, aufzunehmen – den „Ruf der Freiheit“. Nun bringt der aufklärerische Impuls, der aus solchen Titeln spricht, einerseits die Ermächtigung, „sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“, zugleich aber auch die Zwillingschwester der Freiheit mit sich, nämlich die Skepsis. Skepsis gegenüber der Sache des Glaubens selbst, Skepsis hinsichtlich der Berufung der eigenen Person, Skepsis gegenüber der Möglichkeit, in den Rollenzwängen des Pfarramtes authentisch auf der persönlichen Suche bleiben zu können. Ein Motto des Studentenprotests der 60er Jahre, in die meine Studienzeit fiel, brachte dies auf den Punkt: „Unter den Tälaren der Muff von 1000 Jahren“ – das ließ sich ja nicht nur auf die Roben der Professoren beziehen.

Ich empfinde es im Rückblick als ein Gottesgeschenk, dass mich diese persönliche und gesellschaftliche Krisenerfahrung nicht vom kirchlichen Leben weg-, sondern – nach Zweitstudium und Promotion in Pädagogik – zur beruflichen Verwirklichung in die Evangelische Erwachsenenbildung hineingeführt hat. Zeitgeschichtlicher Kontext war die Bildungsbewegung der 70er Jahre, die nach Georg Pichts Ausruf der „deutschen Bildungskatastrophe“ in allen Bereichen enormen Schwung bekommen hatte, nicht zuletzt im Programm des Ausbaus der Erwachsenenbildung zur „vierten Säule“ im Bildungssystem (neben Schule, Lehre und Hochschule). Dieser Schwung hatte auch die Kirchen erfasst

und die Erwachsenenbildung zu einem Hoffnungsträger für eine Öffnung der Kirche zu den gesellschaftlichen Herausforderungen der Moderne werden lassen. Um noch ein Motto eines Idols dieser Zeit, Ernst Lange, zu bemühen: Erwachsenenbildung in der Kirche als „Sprachschule für die Freiheit“ – dies verlieh dem Sinnentwurf meines Engagements in der Evangelischen Erwachsenenbildung Ausdruck.

Von daher habe ich theologische Erwachsenenbildung – und gerade auch biblische – immer als ein Kernanliegen verstanden und gepflegt. Und immer ging es mir dabei nicht um affirmative Katechetik, sondern um die Ermutigung und Ermächtigung zum persönlichen Verstehen – gerade auch in dem Aufnehmen und Ernsthnehmen des Nicht-verstehen- und des Nicht-glauben-Könnens. So ist mir neben der Kämmerererzählung die Erzählung vom sog. „ungläubigen“ Thomas (Johannesevangelium 20,24 ff.), der nur glauben kann, was er sieht und im wahrsten Sinne des Wortes „begreift“, immer ein Leitmotiv geblieben. Das heißt natürlich nicht, dass andere – personenbezogene, lebenspraktische, gesellschaftspolitische – Themen zweitrangig gegenüber Glaubensthemen sein sollten, aber es drückt die Grundperspektive aus, aus denen alles in den Blick kommt: „Gott und die Welt“!

Damit bin ich bei einer Grundfrage angelangt, die unter Kollegen und Kolleginnen in der Evangelischen Erwachsenenbildung der 70er und 80er Jahre kontrovers diskutiert wurde: Wollen wir Evangelische Erwachsenenbildung oder Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft sein? Hier spiegelte sich sicherlich auch die Ambivalenz gegenüber „der Kirche“ wider, die viele – gewiss auch aus ähnlichen biografischen Erfahrungen heraus – in dieses Berufsfeld einbrachten. So wurde befürchtet, das Label Evangelische Erwachsenenbildung signalisiere die Unterordnung der autonomen Freiheit des Subjekts unter die heteronomen Bindungen der kirchlichen Glaubens- und Lebensregeln. Offene Diskurse wären daher nur begrenzt möglich, Lehrende wie Lernende blieben unter den Systemzwängen der kirchlichen Institution gefangen, die pädagogische Freiheit werde dem missionarischen Auftrag unterworfen. Und

damit verspiele die Evangelische Erwachsenenbildung letztlich auch die Berechtigung, als „freier Träger“ in dem plural-subsidiären System der öffentlichen und mit Staatsmitteln finanziell geförderten Weiterbildung aufzutreten.

Als Alternative wurde der Begriff *Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft* favorisiert, um zu signalisieren: Auftraggeber der Erwachsenenbildung ist die „Öffentlichkeit“; nur unter diesem allgemeinen Dach sei die Freiheit des Lehrens und Lernens zu gewährleisten. Die Kirche könne wohl als gesellschaftlich relevante Institution – wie Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände – als „Träger“ im öffentlichen Weiterbildungssystem mitwirken, habe sich aber ihrer „trägerspezifischen Eigeninteressen“ zu enthalten. Spezifische kirchliche oder religiöse Themen seien allenfalls in der neutralen Form der Informationsvermittlung oder des Diskussionsangebotes einzubringen, jedoch seien religiöse Gestaltungsformen in den Unterrichtseinheiten zu unterlassen, da sie das religiöse Selbstbestimmungsrecht der Individuen – seien es die Lehrenden oder die Teilnehmenden – verletzen könnten.

Mich konnte diese „neutrale“ Positionierung nie überzeugen, lebt doch der öffentliche Diskurs – gerade auch bei existenziellen und religiösen Fragen – von der Authentizität der Beteiligten, die als Personen (und nicht nur als Vermittler) ihr Wissen und ihre Überzeugungen der Überprüfung durch die zwanglose Kraft des besseren Arguments aussetzen. Nicht künstliche und sterile Neutralität, sondern der Respekt vor der freien Selbstbestimmung aller Beteiligten widersteht der plakativen Indoktrination und der manipulierenden Missionierung. Dies entspricht zutiefst dem protestantischen Prinzip von der Vorordnung der persönlichen Glaubensüberzeugung des Einzelnen vor kirchlichen Lehren und Regeln. Dann braucht es auch keine subtile Abgrenzung der Erwachsenenbildung von der „Kirche“, die man höchstens noch als „Träger“, nicht aber als persönlich und inhaltlich prägende „Kraft“ zur Geltung kommen lassen wollte. Und ganz gewiss: Ich habe selten solch befreiende und inspirierende Momente in unserer Bildungsarbeit erlebt wie gerade bei biblischen und religiösen Themen!

Im Hintergrund dieser Debatte stand auch die Frage nach der Stellung der kirchlichen Erwachsenenbildung im Kontext der öffentlich verantworteten und geförderten Weiterbildung. Schon die schillernde Begrifflichkeit *Erwachsenenbildung/Weiterbildung* weist auf einen ähnlichen Prinzipienstreit hin, der in diesen Anfangsjahren ausgetragen wurde: Weiterbildung als Begriff signalisierte eine engeren Auffassung, die sich als Fortsetzung oder Wiederaufnahme einer abgeschlossenen Erstausbildung – vorrangig einer beruflichen Ausbildung – verstand. Weiterbildung dient somit vornehmlich dem Ziel, dem Fortschritt des Wissens und der Berufsanforderungen nachzukommen, sozusagen fit zu bleiben für die sich wandelnden Anforderungen der Arbeits- und Lebenswelt. Weiterbildung ist somit ein Anpassungsinstrument.

*Erwachsenenbildung* hingegen signalisierte viel grundsätzlicher ein offenes Menschenbild, das von der prinzipiellen Unabgeschlossenheit der persönlichen Bildungsprozesse und Entwicklungspotenziale des Menschen überzeugt ist. Hier kann – recht verstanden – von einem „lebenslangen Lernen“ gesprochen werden, das mehr ist als bloßes Hinterherhecheln hinter den sich wandelnden Anforderungen, sondern geradezu eine Chance zur persönlichen Entfaltung, zum Kennenlernen neuer Sinn- und Lebensmöglichkeiten und zur Partizipation in der Gesellschaft bietet. Erwachsenenbildung ist somit ein *Emanzipationsangebot*.

In der Praxis waren jedoch solche Differenzierungen nicht immer so stringent prägend, wie es angesichts der Prinzipiendiskussion zu erwarten gewesen wäre. Die Sorge, als programmatisch kirchliche Erwachsenenbildung Anerkennungs- und Legitimitätsprobleme im Bereich der öffentlichen Weiterbildung zu bekommen, hat sich in meinem Erfahrungsbereich jedenfalls nicht bestätigt. Im Gegenteil, immer wieder wurden wir auch ermutigt, unser spezifisches kirchliches Profil zur Geltung zu bringen. So sagte einmal eine Ministerin zu mir, sie erwarte geradezu, dass ein Bibelkurs in der Kirche anders geprägt sei als in der Volkshochschule. Nur so sei ein wirklich plurales Bildungsangebot für Erwachsene möglich, das den Einzelnen echte Wahlfreiheit eröffne.

Viel stärker sind im *innerkirchlichen* Bereich Probleme der Anerkennung und Institutionalisierung der Erwachsenenbildung aufgetreten. Das Problem der Erwachsenenbildung war hier, dass sie sozusagen als Kind der allgemeinen gesellschaftlichen Bildungsbewegung in die Kirche adoptiert wurde, aber damit leben musste, dass schon eine Menge anderer Kinder da waren. So haben viele Gemeinden auch Aktivitäten unter Bildungsgesichtspunkten gestaltet. Hier war die kirchliche Erwachsenenbildung oft nur gefragt, wenn es um die Zuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz ging; gewisse damit verbundene Rahmenbedingungen, z.B. hinsichtlich öffentlicher Ankündigung und offener Gestaltung, wurden eher als lästige Zumutung denn als Chance für Öffnung und Innovation empfunden.

Problematischer war, dass es eine Vielzahl „Gesamtkirchlicher Dienste“ oder vereinsähnlich konzipierter „Werke“ gab, teilweise mit sehr langer Tradition, die auch Bildungsarbeit betrieben und uns eher als Konkurrenz denn als Partner empfanden. Besonders zu nennen sind hier die Männerarbeit und die Frauenarbeit, wobei Letztere über ein fast lückenloses Netz von Gruppen und Ehrenamtlichen in den Gemeinden verfügte – ein nie realisierter Traum der Evangelischen Erwachsenenbildung. Aber auch Jugendarbeit, Familienbildung, Volksmission, Weltmission, Diakonie, Akademie u. a. m. waren mit vielfältigen Bildungsangeboten präsent. Es ist leider kaum gelungen, als gesamtkirchliche Einrichtungen gemeinschaftlich sozusagen „Das Zweite Programm“ gegenüber dem „Ersten Programm“ der Kirchengemeinden darzustellen. Dazu hätte es viel mehr Austausch, Kooperation und gemeinschaftliche Projekte geben müssen, was aufs Ganze jedenfalls zu wenig versucht worden ist. Schwerverträglichkeit in der näheren Umgebung – auch das gehört wohl zur Heimat.

Viel mehr Akzeptanz war demgegenüber auf überregionaler Ebene der institutionalisierten Erwachsenenbildung zu erleben. So habe ich mich gerne im Rahmen der ELAG RHEINLAND-PFALZ, der DEAE und der ARBEITSSTELLE FERNSTUDIO bewegt, an vielen Sitzungen teilgenommen und in Gremien mitgearbeitet,

Projekte mitgestaltet, an Studienbriefen mitgewirkt ... Hier konnte man – trotz mancher gelegentlich auch leidenschaftlich geführter positionellen Debatten – so etwas wie Identitätsvergewisserung erfahren, gestützt durch freundschaftliche Begegnungen auf der persönlichen Ebene. Heimat – dazu gehört auch die Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft, die sich in wiederkehrenden Treffen manifestiert.

Heimat – dies habe ich bei allem Sinn für die institutionellen Kontexte jedoch am stärksten in der konkreten Bildungsarbeit mit vielen Menschen erlebt. So halte ich es für den größten Glücksschlag, dass es in der Zeit der Etablierung von Erwachsenenbildung in der Kirche das Projekt des Fernstudiums für kirchliche Dienste gab. Die Kombination von Einzelarbeit anhand von Studienbriefen, Gruppenarbeit in den Studienzirkeln und Tagungsarbeit in den Direktkursen war einfach genial. Natürlich war es kongenial mit dem damaligen Bildungsaufbruch in Kirche und Gesellschaft, wo Menschen sich auf solche Lernprozesse einließen, die unter beträchtlichem Zeitaufwand eher persönlichen Erfahrungsgewinn als verwertbare Abschlussqualifikationen versprachen. Hier habe ich tatsächlich – und gewiss viele der Teilnehmenden – erlebt, welcher „Ruf der Freiheit“ von der Frage auszugehen vermag: „Verstehst du auch, was du liest?“

Es ist bezeichnend für diesen Zauber des Anfangs, dass eine große Anzahl der Teilnehmenden der ersten Lehrgänge des Fernstudiums – Erwachsenenbildung, Familienbildung, Altenbildung – über lange Jahre hinweg zu wichtigen Partnern und Mitarbeitern in vielen Projekten und auch den Gremien der Erwachsenenbildung wurden. Inwieweit die Kommunikations- und Publikationsmöglichkeiten des Internet neue Impulse vermitteln könnten, wäre eine Frage an die Kollegen von heute. Jedenfalls scheint mir die Verknüpfung von inhaltlich-medialen Impulsen mit dem Entwicklungspotenzial längerfristiger kommunikativer Prozesse sinnvoller als die Inszenierung kurzatmiger „Bildungs-Events“. Dies setzt allerdings voraus, dass die Erwachsenenbildner und Erwachsenenbildnerinnen sich selbst mit ihrer Person und der je eigenen Lebens- und Lerngeschichte in solche Prozesse hin-

einbegeben, statt in der distanzierten Rolle der Organisatoren von Veranstaltungen und Manager von Strukturen zu verharren.

Dabei meine ich allerdings ein Bildungsverständnis, das über die Engführung einer „themenzentrierten Interaktion“ hinausführen kann (ohne sie preiszugeben). So waren es für mich wichtige Entwicklungsschritte, dass mir Veranstaltungen anempfohlen wurden, die völlig andere Erfahrungsebenen ansprechen wollten als die „institutionalisierte Dauerreflexion“ – beispielsweise Meditationskurse, Tanzkurse, Kunstprojekte u. a. m. Dabei konnte ich erfahren, dass „Bildung“ nicht nur im Medium des Sprechens und Hörens geschieht, sondern auch im Medium des Schweigens und Lauschens, nicht nur am Tisch und auf dem Stuhl sitzend, sondern auch in der körperlichen Bewegung und Begegnung, nicht nur mit einem Flipchart vor Augen, sondern auch mit einem Bild oder einer Installation.

Um zum Schluss noch einmal die Metapher der Heimat aufzunehmen und mit einer biblischen Inspirationsquelle zu verbinden: „In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen“ (Johannesevangelium 14,2). Diese Erfahrung wünsche ich den Kolleginnen und Kollegen in der Evangelischen Erwachsenenbildung bei ihrem Weg zu und mit den Menschen heute. Und um nicht der bei der Heimat-Metapher gefährlich naheliegenden Nostalgie zu verfallen, möchte ich gern hinzufügen, dass dieser Weg unter sich wandelnden soziokulturellen, bildungspolitischen und kirchlichen Rahmenbedingungen immer wieder neu gesucht und gestaltet werden muss.

#### Dr. Wolfgang Wittrock

Theologe und Diplompädagoge, seit 1977 als Pädagogischer Referent bei der Evangelischen Erwachsenenbildung der Pfälzischen Landeskirche tätig. Er war langjährig im Vorstand der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz (ELAG), später auch im Vorstand der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE). Nachdem er seit 1994 zum Leiter der Evangelischen Erwachsenenbildung in der Pfälzischen Landeskirche berufen war, ging er 2006 in den Ruhestand.

Kontakt: ute.wolfgang.wittrock@t-online.de

#### Zivilgesellschaft

##### Gemeinsam für eine soziale Stadt – eine ganze Landeskirche im kollektiven Lernprozess



Hans-Gerhard Klatt

Sechs Jahre dauert eine Session für das Kirchenparlament in Bremen, den „Kirchentag“. Er wird gebildet durch Direktdelegationen aus den Gemeinden und hat eher juristische und verwaltungstechnische Aufgaben als inhaltlich-theologische und ekcllesiologische. Letztere liegen beim Kirchenverfassungsgut einer „Lehr-, Glaubens- und Gewissensfreiheit der Gemeinden“ in der Autonomie der einzelnen Gemeinden, aus denen die Bremische Evangelische Kirche (BEK) besteht. In dieser Struktur kam es einer Revolution gleich, als der Kirchentag 2007 beschloss, sich für seine neue Session 2007–2012 ein Sessionsthema zu geben, an dem gemeinsam gearbeitet werden sollte und das der BEK in diesen Jahren eine inhaltliche Kontur geben konnte. Das Sessionsthema hatte eine öffentlich-politische Seite auf der Diskursebene der Stadt und – mit einem eingerichteten Fonds für Stellen und Projekte – eine praktisch-innovative.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (kda) hatte gut vorgearbeitet und den Boden für das Sessionsthema „Armut und Reichtum in Bremen – gemeinsam für eine soziale Stadt“ bereitet. Er gestaltete eine Wanderausstellung „Gesichter der Armut“, die an eindrücklich präsentierten individuellen Lebensgeschichten zeigte, wie weit prekäre Lebenslagen in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind, und brachte die Armutserichte der Arbeitnehmerkammer und den Ruf nach Reichtumsberichten in den kirchlichen Diskussionskontext mit ein. Er hatte eine auf Stadtteilarbeit ausgerichtete Kirchengemeinde im Bremer Szeneviertel am Rande der Innenstadt an der Seite, die mit einem Begleitprogramm zur Ausstellung voranging, ein Projekt zu entwickeln, das im spezifischen Gemeindekontext an der Überwindung der Spaltung der Gesell-

schaft ansetzt. Sie kam auf das Thema Kinderarmut und „erfand“ die „Bildungsbrücke“, die ein Bündnis aus Institutionen und Einzelpersonen im Stadtteil für einen Fonds schmiedete, der Schulkindern aus armen Familien auf einem nicht diskriminierenden Ausschüttungsweg die volle Partizipation im Schulalltag und die Förderung ihrer Talente ermöglichen soll.

Es dauerte einige Zeit, ehe auch andere Gemeinden anfingen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und nach den eigenen Möglichkeiten für Engagement zu fragen. Veranstaltungsversuche von kda und Bildungswerk, Anregungen aus der empirischen Studie von Prof. Heinrich Grosse (SWI Hannover), der bundesweit kirchengemeindliche Ansätze zum Engagement gegen Armut und Ausgrenzung ausfindig gemacht und ausgewertet hatte, in die Startphase des Sessionsthemas einfließen zu lassen, ließen schleppender an als erhofft. Und doch kam mehr und mehr in Gang. Hier wurde eine Streetworkerin für Obdachlosenarbeit („Projekt Szenetreff“) angestellt und in ihrer Arbeit durch einen Beirat begleitet, der aus mehreren Gemeinden besetzt wurde, dort ein Stadtteildiakon oder eine Schuldnerberaterin. Zwei Gemeinden in einem Stadtteil mit hohen Migrationsanteilen holten die Berliner Projektidee von „Stadtteilmüttern und -vätern“, die qualifiziert werden, familienunterstützende Dienste zu übernehmen, nach Bremen und konstituierten ein eigenes Qualifizierungsprojekt.

Unser Bildungswerk trug in der Anfangsphase einen Bildungsurlaub über Projektentwicklung bei und eine grundsätzliche Reflexion über den Zugang zum Sessionsthema. Im Jahresbericht 2009 heißt es:

„Das Motto ‚gemeinsam für eine soziale Stadt‘ lässt offen, von welcher Wirklichkeitssicht wir ausgehen, wenn wir uns ein solches Programm auf die Tagesordnung setzen. Zwei Wahrnehmungen sind möglich. Die eine blickt auf unsere Stadt so, dass die Schere zwischen Armut und Reichtum immer mehr auseinandergeht und dass ein gesellschaftsspaltender Riss immer sichtbarer auch im Stadtbild wird. Es gibt Stadtteile, in denen sich die Armut, und Stadtteile, in denen sich der

Reichtum konzentriert. Sie haben immer weniger miteinander zu tun; die Lebenswelten in unserer Stadt werden so unterschiedlich, dass man sich kaum noch in die andere Lebenswelt hineindenken kann. ‚Gemeinsam für eine soziale Stadt‘ heißt dann, Brücken über den Riss hinweg zu bauen, Klammern, Verschränkungen, Ressourcenaustausch zu organisieren und sich gegen den herrschenden Trend zu stemmen.“

Die andere Wahrnehmung blickt auf unsere Stadt so, dass die soziale Stadt längst Wirklichkeit ist, weil es eine Bürgerbewegung gibt, die aus dem Blick für den fremden Anderen heraus lebt, die aktiv und freiwillig engagiert neue nachbarschaftliche Strukturen des sozialen Zusammenhalts aufbaut. Und genau dies ist der zeitgemäße Weg der Integration. Nur Bürger können Bürger integrieren, sagt der Integrationsexperte Klaus Dörner. ‚Gemeinsam für eine soziale Stadt‘ heißt dann, sich selbst als Teil dieser Bürgerbewegung zu begreifen und durch das Eingehen neuer Bündnisse deren Wirksamkeit zu erhöhen.

Einen Trend zu verstärken oder sich gegen einen Trend zu stemmen – die Gleichzeitigkeit zweier mit jeweils eigener Berechtigung auftretender widersprüchlicher Handlungsmaximen markiert eine Aufgabe, die mit beiden Entwicklungen verbunden ist, und die heißt: Bildung. Bildung als Verständigung über unterschiedliche Wahrnehmungen, Bildung als Herausbildung neuer Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten.“

Diese doppelte Betrachtungsweise war ein guter Zugang zu einer speziellen Kooperation von kda und Bildungswerk mit einer bildungsbürgerlichen liberalen Gemeinde, die zunächst Schwierigkeiten hatte, ihren Platz im Sessionsthema zu finden. Der landeskirchliche Lernprozess braucht nicht nur die vielen Praxisprojekte, sondern auch einen grundsätzlichen Reflexionsort über Armut und Reichtum. So haben wir die Gemeinde ermutigt, ihre ureigene Ressource in das Sessionsprojekt einzubringen und eine Vortrags- und Diskussionsreihe zu den gesellschaftlichen Bedingungen von Armut und Reichtum zu organisieren. Die Milieuforscherin

Claudia Schulz (EFH Ludwigsburg) warb für Angstabbau und Sensibilität beim Überschreiten von Milieugrenzen („Was soll ich reden mit dem armen Lazarus?“). Hans-Jürgen Benedict (Hamburg) lud zu einem literarisch-theologischen Streifzug von Homer bis Brecht zum Thema Armut und Reichtum ein. Franz Segbers (Marburg) stellte sich der Frage „Armut in einer reichen Gesellschaft – was geht das die Kirche an?“. Spätestens bei dieser dritten Veranstaltung der Reihe zwischen März 2011 und Juni 2012 war es gelungen, die bisher nicht sozialpolitisch profilierte Gemeinde zu einem interessanten Diskussionsort für die ganze Stadt zu machen. Richtig voll und hautnah wurde es, als Joachim Barloschky, Projektmanager in einem Bremer Problemstadtteil, den reichen und den armen Stadtteil in einen Zusammenhang brachte und die Vorstellungswelt beim Begriff „sozial Schwache“ auf die Füße stellte: Sozial schwach sind diejenigen, die ihre privaten Ressourcen der Allgemeinheit entziehen. Die Wienerin Michaela Moser von der Armutskonferenz Österreich brachte die besonderen Lebenslagen von Frauen und die Handlungsoption des guten Lebens für alle ins Spiel. Sven Giegold ließ seinen kritischen Blick auf die Finanzmärkte und die Frage der Verteilungsge rechtigkeit in einem engagierten Plädoyer für ein demokratisch gestaltetes und gestärktes Europa ausklingen.

Aktuell beginnt in der BEK die Phase der Dokumentation und der Auswertung all dessen, was in dieser Session erarbeitet und erfahren wurde. Den Abschluss leitet eine bundesweit beworbene Tagung am 16./17. November 2012 „Kirche im Quartier“ ein, an der die Magdeburger Bischöfin Ilse Junkermann teilnimmt und ihre ostdeutschen Kirchenerfahrungen einbringt. Ziel ist es, aus den bestehenden Arbeitsprojekten Perspektiven festzuhalten, die über den Sessionszeitraum hinausführen und das kirchliche Engagement gegen die soziale Spaltung der Stadt stabilisieren.

#### Hans-Gerhard Klatt

Pastor und Leiter des Ev. Bildungswerks Bremen  
bildungswerk.forum@kirche-bremen.de